

14. IX. 1914 14
Freitag, 14. September 1917

Zeitung

704

gelehrten Sachen

er Morgen-Ausgabe aufgeführt

26 * Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co, Moritzplatz 11 800,
11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291

Flandern.

n bei Langemarck und an der Aisne.

Wekerle über seine Politik.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters
Emil Ludwig.

* Budapest, 14. September.

Die zahlreichen Probleme, die gegenwärtig die ungarische Politik noch schwieriger als sonst gestalten, sind seit dem gestrigen Zusammentreten des Reichstages unter dem neuen Ministerium und speziell in der großen Programmrede Wekerles auch formell sichtbar geworden. Der Handelsvertrag mit Deutschland und die Valutafrage, das kroatische Problem mit seiner Fährdung des dualistischen Prinzips, vor allem die Reform des Wahlrechts werden von heute ab aufs neue erörtert, verteidigt und bekämpft.

Um daher zu authentischen Darstellungen der Standpunkte zu gelangen, die die neue Regierung einnimmt, habe ich vier leitende Minister um Darstellungen gebeten und gebe im folgenden die Essenz der Gespräche wieder, die ich mit ihnen gestern und heute führen durfte.

Ministerpräsident Wekerle erklärte mir im Verlauf seiner Programmrede: „Wenn ich in meiner gestrigen Erklärung über unsere Friedensbereitschaft von der deutschen Friedensresolution im Reichstage sagte, daß ihr die Kaiserlich Deutsche Regierung zugestimmt hat, so sollte damit keineswegs irgendeine Präjudizierung der deutschen Debatte über die Stellung des Reichskanzlers zur Resolution der Mehrheit gegeben werden. Vielmehr muß es in richtiger Uebersetzung meiner ungarischen Worte heißen, daß jene Resolution nicht mit Zustimmung, sondern im Einvernehmen mit der Regierung gefaßt worden sei, was durch die bekannte Rede des Reichskanzlers als bewiesen gelten darf.“

Die Verhandlungen wegen des Handelsvertrages mit Deutschland gehen weiter und werden nachdem formellen Abschluß finden. Die Sonderstellung, die Graf Apponyi in unserem Kabinett in dieser Frage einnimmt, und die ich pflichtgemäß gestern nochmals betonte, hindert den Fortgang der Verhandlungen nicht, und wir sind uns alle darin einig, diese wichtige Grundlage der künftigen Wohlfahrt Ungarns erst einem neuen Reichstage vorlegen zu dürfen, wofür nicht wichtige Umstände einen plötzlichen Abschluß erheischen.

Was die Hebung der Valuta anlangt, die ich erstrebe, so bestehen die Mittel, die mir vorschweben, vor allem in einer Hebung des ungarischen Exports und in der Zahlung durch Kassenscheine statt durch Banknoten.

Endlich möchte ich Ihre Befürchtung, als könnte mein gestern ausgesprochener Grundsatz von der Erhaltung des ungarischen Bodens in eigenen Händen eine Benachteiligung der Deutschen mit sich bringen, durch den Hinweis zerstreuen, daß unsere sämtlichen Statistiken für Magyaren und Deutsche stets nur eine Ziffer kennen, während Rumänen und Serben in besonderen Kolonnen behandelt werden. Wie fern uns jede Benachteiligung der Deutschen liegt, wollen Sie auch aus der soeben beschlossenen und in Kürze zuführenden Stärkung des sächsischen Elementes gegenüber dem rumänischen und siebenbürgischen ersehen.“

Ueber jenen Sonderstandpunkt, den die Rede und das Gespräch des Ministerpräsidenten gestreift hatte, befragte ich den Grafen Albert Apponyi, jetzt Unterrichtsminister, und erhielt von ihm folgende Aufklärungen: „In Reden und Aufsätzen habe ich mich wiederholt, auch in der „Vossischen Zeitung“, für die Zolltrennung Oesterreichs von Ungarn ausgesprochen, weil eine Zollunion die Entwicklung der ungarischen Industrie schädigen würde, und weil unsere wachsende Bevölkerungsziffer den Ausbau der Industrie nötig macht. Schon hieraus ergibt sich die Notwendigkeit eines Provisoriums in den Verhandlungen mit Deutschland, bevor die Frage Zollunion oder Zolltrennung im Innern der Monarchie entschieden ist.“

Ueberdies aber kann ich eine grundsätzliche Bindung unseres Landes auf zwei Jahrzehnte, wie es die Entwürfe vorsehen, nicht als moralisches Recht eines Reichstages anerkennen, der, durch die Notwendigkeit des Krieges weit über seine gesetzliche Dauer zusammengehalten, die Anschauungen des Landes nicht mehr vertritt. Man sollte also ein Abkommen mit Deutschland treffen, worin vorläufig für den Fall einer Zolltrennung beiden Hälften der Monarchie die gleichen Bedingungen zugesichert werden.